

Juni-September 2024
Ausgabe 61



.ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie

magazin



Europa auf Atomkurs?

Die Macht der Atomlobby
und der Boom der erneuerbaren Energien

Schwerpunkt Seite 6–11

Illustration: KI, Holger M. Müller

Zu langsam

Behörden trödeln, die Probleme bei der Langzeit-Zwischenlagerung anzugehen

Seite 12/13

Zu dreist

Framatome und Rosatom schaffen in Lingen Fakten am Gesetz vorbei

Seite 14/15

Zu feige

Die Schweiz will AKW länger betreiben, die Gefahren aber nicht diskutieren

Seite 18/19

Inhalt

3 Editorial

4 Anti-Atom-Meldungen

6 Großes Tauziehen

Einleitung | Die EU ist aktuell Hauptziel-scheibe der europäischen Atomlobby. In immer neuen Initiativen versucht diese, der Atomkraft Vorteile zu verschaffen. Nächstes Etappenziel ist, den Weg freizumachen für eine direkte finanzielle Förderung. Dem Klima kann das nur schaden

8 Schein und Sein

Analyse | In etlichen EU-Staaten laufen Debatten über Atomkraft und neue AKW. Tatsächlich ausgebaut aber werden nahezu ausschließlich die erneuerbaren Energien. Ein Blick auf die Realität

10 „Klima interessiert die Atomlobby nicht“

Interview | Jan Haverkamp, EU-Atom-Experte, über den Atom-Streit der EU und den Kampf der europäischen Atomlobby um die Klimaschutzmilliarden

12 Dienst nach Vorschrift

Hintergrund | Was passiert mit dem hochradioaktiven Atommüll, wenn die Genehmigungen für Zwischenlager und Castoren in wenigen Jahren auslaufen? Das ist weiterhin ungeklärt – und die Politik lässt sich Zeit

14 „Framatome schafft Fakten am Gesetz vorbei“

Interview | Rechtsanwältin Michèle John über die Gefahr von Spionage und Sabotage durch Rosatom und den Versuch von Framatome, Sicherheitsvorschriften durch Ausweichen auf ein benachbartes Grundstück zu umgehen

16 Booster für die Energiewende

Analyse | Ein Jahr nach Abschaltung der letzten AKW sind die Erneuerbaren im Aufschwung, die Kohleverstromung ist drastisch zurückgegangen – Früchte des jahrzehntelangen Kampfs Hunderttausender gegen Atomkraft und für die Energiewende. Ein Überblick

18 „Bei einem Unfall wären wir unmittelbar betroffen“

Porträt | Martina Matt (66) und Hans-Eugen Tritschler (71) leben in Südbaden, unweit der Schweizer AKW. Vom schweizerischen Energiedepartement fordern sie eine Umweltverträglichkeitsprüfung für den Langzeitbetrieb des AKW Leibstadt

20 .ausgestrahlt-Shop

21 „Damit das, was wichtig ist, auch wichtig bleibt“

Interview | Carolin Franta, Fundraiserin bei .ausgestrahlt, über Spenden und die Möglichkeiten, die Anti-Atom-Arbeit auch über den eigenen Tod hinaus zu unterstützen

22 Rückblick

24 Atomkraft in der EU

Infografik | „Europäische Nuklearallianz“ hin oder her: Der EU-Reaktorpark wird immer älter und erzeugt immer weniger Strom. Neue Reaktoren gehen seit Jahrzehnten so gut wie keine mehr in Bau

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir streiten dafür, die AKW in ganz Europa abzuschalten, die Energiewende zum Erfolg zu führen und für einen möglichst sicheren Umgang mit dem Atommüll.

Rund 3.600 Förder*innen legen mit ihrer regelmäßigen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! ausgestrahlt.de/foerdern

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter .ausgestrahlt steckt ein Team von derzeit 15 Angestellten und Ehrenamtlichen. ausgestrahlt.de/ueber-uns

Neu im Team

Christin Thielen kümmert sich nach 20 Jahren in der Veranstaltungsbranche seit Mai bei .ausgestrahlt um Büromanagement und Aktionsunterstützung.



Foto: privat

.ausgestrahlt folgen

.ausgestrahlt-Kanäle gibt's auf



Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen. ausgestrahlt.de/newsletter

Beim .ausgestrahlt-Podcast gibt's aktuelle Anti-Atom-Themen auf die Ohren. ausgestrahlt.de/podcast

Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint drei Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu. Möchtest Du es nicht mehr beziehen, freuen wir uns über einen Hinweis. ausgestrahlt.de/magazin

PDF dieses Magazins mit verlinkten Quellen: ausgestrahlt.de/mag61



Impressum

.ausgestrahlt
Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
ausgestrahlt.de

Redaktion: Anna Stender, Armin Simon
Mitarbeit: Bettina Ackermann, Carolin Franta, Helge Bauer, Julian Bothe, Jürgen Rieger, Michael Spohn, Miriam Tornieporth, Sarah Lahl
Gestaltung: Holger M. Müller (holgermueller.de); Entwurf: Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender
Druck: Veters, Radeburg, auf Recyclingpapier
Auflage: 22.400
V.i.S.d.P.: Armin Simon

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS GLS Bank
Spenden sind steuerlich absetzbar.



Foto: Foto Julian Rettig

Protest gegen die Aufnahme von Atomkraft und Erdgas in die EU-Taxonomie 2022

Atom-Wahl in Europa

Liebe Leser*in,

ist es nicht ein wenig paradox? Je irrelevanter der Beitrag der Atomkraft zur Stromversorgung und je aberwitziger die Kosten von Atomprojekten, desto überspannter das Gebrabbel über die Dinosauriertechnik und die Rufe nach neuen Reaktoren. Das lässt sich in Deutschland beobachten, wo ein Jahr nach (!) Abschalten der letzten AKW nun manche Atom-Fans noch einmal wütend aufstampfen. Vielleicht gerade weil die Energiewende seit dem Atom-Aus richtig Fahrt aufnimmt: Die Erneuerbaren schreiben immer neue Rekorde, die Kohleverstromung geht deutlich zurück. Auf Seite 16/17 ziehen wir Bilanz.

Auf europäischer Ebene verhält es sich ähnlich. Die Bedeutung der Atomkraft für die Stromversorgung, die erzeugte Atomstrommenge, die Anzahl der laufenden Reaktoren in Europa nimmt seit Jahrzehnten ab (Seite 24). Doch in zahlreichen Ländern rings um Deutschland ist eine Atomdebatte aufgeflammt oder neu entbrannt.

In der EU kämpft eine ganze „Nuklearallianz“ an allen Ecken und Enden für atomfreundliche Regelungen und neue Atomsубventionen (Seiten 6/7 und 10/11). Mit der energiepolitischen Realität in den 27 EU-Staaten hat das alles wenig zu tun: Tatsächlich gebaut werden in ganz Europa seit 20 Jahren vor allem Windkraft- und Solaranlagen – auch in den Ländern, die laut nach Atomkraft rufen. Auf Seite 8/9 blicken wir der Energie-Wirklichkeit ins Auge.

Bei der Europawahl am 9. Juni droht ein Rechtsruck, der die EU noch atomfreundlicher machen könnte. Welche Themen das betrifft und wie sich die Parteien dazu positionieren, fassen wir hier zusammen: ausgestrahlt.de/europawahl



Initiator und Haupttreiber der „Europäischen Nuklearallianz“ ist Frankreich. Dessen Staatskonzern Framatome schreckt auch vor den schmutzigsten Geschäftspartnern nicht zurück. Im niedersächsischen Lingen will er mit dem russischen Atomkonzern Rosatom, der

rechten Hand des Kreml, gemeinsame Sache bei der Brennelementefertigung machen und dafür seine Fabrik ausbauen. Mehr als 11.000 Einwendungen sind gegen das Vorhaben eingegangen, Expert*innen warnen vor Sicherheitsgefahren unter anderem durch Spionage und Sabotage. Framatome hingegen kann es gar nicht schnell genug gehen. Während das Genehmigungsverfahren für den beantragten Ausbau der Lingener Atomfabrik noch läuft, lässt der Betreiber den Kreml-Konzern bereits heimlich Maschinen aufbauen und seine Mitarbeiter*innen schulen – ein Vorgehen klar am Gesetz vorbei. Aufgedeckt haben das Atomkraftgegner*innen zusammen mit .ausgestrahlt – während die Aufsichtsbehörde das Vorgehen von Framatome und Rosatom zunächst sogar deckte. Mehr dazu auf Seite 14/15 und aktuell auf ausgestrahlt.de. Bleiben wir weiter wachsam!

*Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlt-Team*



Foto: Independent / Alamy Stock Photo

Atom-Arbeiter in Sellafield (GB)

Atomkraft geht in Rente

Jede*r vierte Arbeitnehmer*in der Atomindustrie weltweit geht in den kommenden zehn Jahren in Rente. Der absehbare massive Personalverlust steht in Widerspruch zu den zahlreichen Ankündigungen neuer Atomprojekte. Schon die Instandhaltung der bestehenden Reaktoren stellt die Branche vor große Herausforderungen. So musste der französische AKW-Betreiber EDF vor zwei Jahren 600 Facharbeiter*innen aus den USA und Kanada einfliegen, um Korrosionsschäden an französischen AKW zu beheben. In einer Umfrage gab zudem die Hälfte aller befragten Atom-Beschäftigten an, auch einen Wechsel in eine andere Energiebranche zu erwägen – jede*r Dritte davon am liebsten in die Erneuerbare-Energien-Branche.

Q: Power 15.4.2024; GETI 2022; GETI 2023; Reuters 29.11.2022

Warnung vor WAA-Projekt

Elf ehemals mit der Nichtverbreitung von Atomwaffen befasste Spitzenbeamte, die unter vier verschiedenen US-Präsidenten dienten, protestieren gegen ein Pilotprojekt zur Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente in den USA. Das Vorhaben des französischen Staatskonzerns Orano, Betreiber der WAA La Hague, und des US-Startups Shine verstoße gegen die amerikanische Politik der nuklearen Sicherheit, warnen sie: „Der Bau einer solchen Anlage würde den Bau von Wiederaufbereitungsanlagen in anderen Ländern legitimieren und damit das Risiko der Weiterverbreitung von Atomwaffen und des Nuklearterrorismus erhöhen.“ Bei der Wiederaufbereitung wird das im Atommüll enthaltene Plutonium extrahiert, entscheidender Rohstoff zum Bau von Atomwaffen.

Q: Reuters 04.04.2024

Abschalten mit dem Erdbohrer

Mit einem Bohrgerät setzen Arbeiter*innen Mitte Oktober das AKW Prairie Island im US-Bundesstaat Minnesota außer Betrieb. Bei Erdbohrungen auf dem Kraftwerksge-
lände treffen sie ein Kabelbündel, das mehrere Systeme des Kraftwerks versorgt. Einer der beiden Reaktoren muss herunterfahren, der andere steht zum Zeitpunkt des Unfalls wegen Wartungsarbeiten still. Der AKW-Betreiber räumt „verfahrenstechnische Schwächen“ ein. Die Bohrungen seien „ohne alle Kontrollen durchgeführt (worden), die bei Arbeiten in einem Kernkraftwerk zu erwarten sind“. Beide Reaktoren gehen erst fünf Monate später wieder ans Netz. Für die Kosten des Ausfalls müssten die Stromkund*innen aufkommen, findet der AKW-Betreiber: „Selbst umsichtige Entscheidungen und Maßnahmen können manchmal zu unerwünschten Ergebnissen führen.“

Q: Star Tribune 12.04.2024



Foto: Jonathunder / Wikimedia

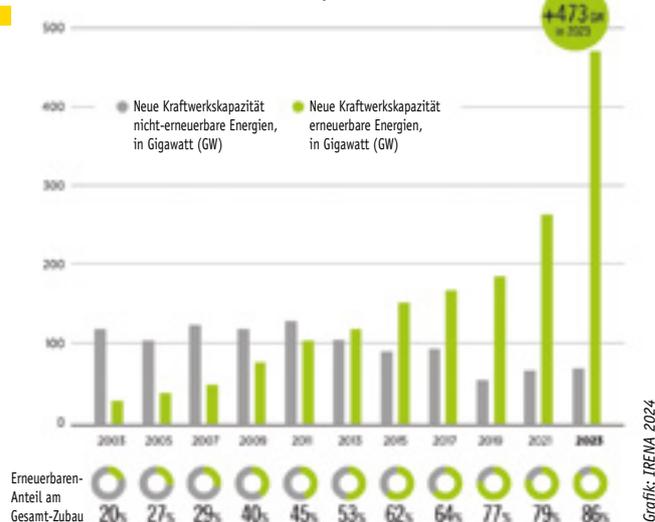
Durchgang verboten, aber Bohren erlaubt?

Ein Jahr Erneuerbare toppt 70 Jahre Atomkraft

Das Wachstum der erneuerbaren Energien stellt die Atomkraft bei weitem in den Schatten. Nach Angaben der International Renewable Energy Agency (IRENA) nahm die Kapazität der weltweit installierten Solar-, Wind-, Wasser-, Bioenergie- und Geothermie-Kraftwerke allein im Jahr 2023 um 473 Gigawatt zu. Das ist deutlich mehr als die 371 Gigawatt Gesamtkapazität, die alle AKW weltweit Ende 2023 zusammenbrachten – nach 70 Jahren Ausbau der Atomkraft. China etwa vergrößerte seine Reaktorflotte 2023 um ein einziges Gigawatt, seinen Park an Solarkraftwerken hingegen um 217 Gigawatt. Und allein die weltweiten Investitionen in netzgekoppelte Batteriespeicher waren 2023 höher als die in Atomkraft.

Q: IRENA 2024, „Tracking COP28 Outcomes“; WNIISR 2024, „Nuclear Power 2023 Updates!“

Jährlicher Zubau an Kraftwerkskapazitäten, 2003 – 2023



Vier Reaktoren, alle älter als 40 Jahre, alle potenziell rissig

Risse in immer mehr französischen AKW

Gefährliche Spannungskorrosionsrisse an wichtigen Rohren haben sich offenbar nicht nur in französischen Reaktoren jüngerer Baureihen gebildet. Wie EDF-Geschäftsführer Cedric Lewandowski Anfang April vor einem Parlamentsausschuss einräumt, seien auch im AKW Blayais-4 bei Bordeaux Risse entdeckt worden, das zur älteren 900-Megawatt-Baureihe gehört. Bei Spannungsrisskorrosion ist ein unvorhersehbares und sehr schnelles Risswachstum möglich. Betroffene Reaktoren können unter Umständen in einem Notfall nicht mehr gekühlt werden. Die ersten Risse dieser Art waren im Herbst 2021 entdeckt worden. Wegen der aufwändigen Reparaturen lag zeitweise mehr als die Hälfte der französischen AKW still. Lewandowski bezeichnete die neu entdeckten Schäden als „keine Überraschung“. Es werde bis 2025 dauern, bis man alle laufenden Reaktoren überprüft habe.

Q: Montel 05.04.2024

Flut im Uranabbaugebiet

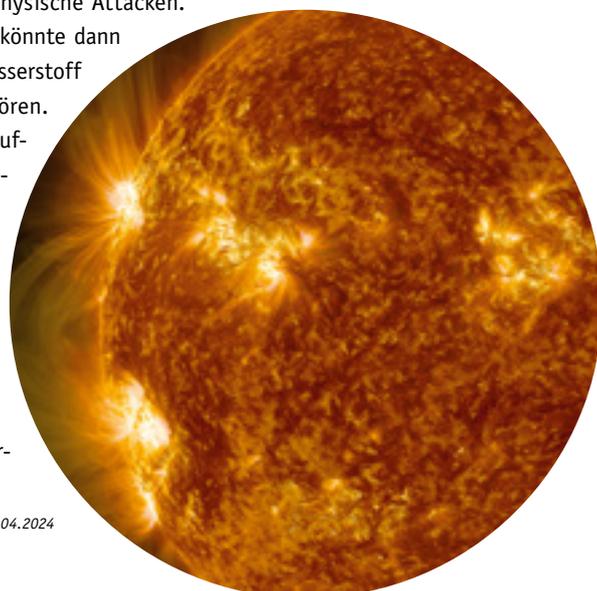
Eine Verseuchung des Trinkwassers mit Uran befürchten Umweltschützer*innen in der russischen Region Kurgan an der Grenze zu Kasachstan. Das Hochwasser dort Ende April habe auch Gebiete überflutet, in denen Uran im sogenannten Lösungsbergbau abgebaut wurde oder wird: Dabei pressen Pumpen Schwefelsäure in den Untergrund. Die Säure löst das radioaktive Schwermetall aus dem Gestein. Das Uran wird dann über Brunnen gefördert. Zahlreiche Bohrlöcher seien undicht oder gar nicht versiegelt, hieß es. Die strahlende Giftbrühe drücke an die Oberfläche und gelange mit dem Hochwasser in den Fluss Tobol, aus dem die Großstadt Kurgan ihr Trinkwasser beziehe. Der staatliche Atomkonzern Rosatom bestritt jede Überflutung von Brunnen und Bohrlöchern. Russland exportiert einen großen Teil des geförderten Urans.

Q: tagesschau.de 24.04.2024, wise-uranium.org 22.04.2024

Gefahr im Pool

Die vollgepackten Brennelemente-Lagerbecken der US-Atomkraftwerke stellen einem Bericht des *Bulletin of the Atomic Scientists* zufolge eine deutlich größere Bedrohung dar als bisher angenommen. So könne nicht nur ein schweres Erdbeben die Kühlung der hochradioaktiven Abfälle gefährden, sondern auch ein deutlich wahrscheinlicherer Sonnensturm, der das Stromnetz massiv beschädige, sowie Cyber- und physische Attacken. Das Zirkonium der Brennstabhüllen könnte dann Feuer fangen, dabei freigesetzter Wasserstoff explodieren und die Gebäude zerstören. Nach Berechnungen der US-Atomaufsicht würde ein solcher Unfall zehnmal mehr radioaktives Cäsium-137 freisetzen als der Super-GAU von Tschernobyl. Die Atomaufsicht fordert der Bericht, müssten die AKW-Betreiber verpflichtet, die Brennelemente schnellstmöglich aus den Becken zu entfernen und trocken zu lagern, etwa in Castor-Behältern.

Q: Bulletin of the Atomic Scientists 02.04.2024



Sonnensturm

Foto: NASA/GSFC/SDO



Protest gegen den nuklearen Märchengipfel am 21. März in Brüssel

Großes Tauziehen

Einleitung | Die EU ist aktuell Hauptzielscheibe der europäischen Atomlobby. In immer neuen Initiativen versucht diese, der Atomkraft Vorteile zu verschaffen. Nächstes Etappenziel ist, den Weg freizumachen für eine direkte finanzielle Förderung. Dem Klima kann das nur schaden

EU-Taxonomie, Wasserstoff-Strategie, Erneuerbare-Energien-Richtlinie, Net-Zero Industry Act – was dem Weg der EU zur Klimaneutralität dienen sollte, ist in den letzten Jahren zum Schlachtfeld um die Atomkraft geworden. Insbesondere Frankreich hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, der Atomenergie einen grünen Anstrich zu geben. Doch wirtschaftlich wird sie dadurch noch lange nicht. Daher fordern die Atom-Fans jetzt eine direkte Förderung – auch aus dem EU-Haushalt und damit aus Steuermitteln.⁰¹

Atomkraftfreundliche Kräfteverhältnisse

Ihre Ausgangsposition ist günstig: In den drei wichtigsten EU-Institutionen hat die Atomlobby bereits an Einfluss gewonnen.

Atomfreundliche Politiker*innen besetzen wichtige Positionen in der EU-Kommission. Die Energiekommissarin Kadri Simson aus Estland etwa nimmt regelmäßig an den Treffen der Europäischen Nuklearallianz teil. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) stand zunächst für einen klimafreundlichen Umbau der EU weitgehend ohne Atomkraft. Auf dem Brüsseler Atomgipfel im März 2024 aber forderte sie zuletzt Investitionen in Atomkraft, Unterstützung durch die öffentliche Hand und Laufzeitverlängerungen.⁰² Auch die neue EU-Kommission, die nach der Europawahl durch das zukünftige EU-Parlament bestätigt werden muss, wird der Atomkraft wohl aufgeschlossen gegenüberstehen.

Bereits 14 der EU-Staaten – diese sind durch den Rat der Europäischen Union repräsentiert –

mit 60 Prozent der EU-Bevölkerung haben sich der „Europäischen Nuklearallianz“ angeschlossen. Der Rat muss Gesetzesvorhaben im Normalfall mit mindestens 15 der 27 Mitgliedsstaaten zustimmen, in denen wenigstens 65 Prozent der EU-Bevölkerung leben. Die Länder der Nuklearallianz können daher nichts alleine durchsetzen. Aber ohne sie gibt es auch keine Mehrheiten.

Auch das EU-Parlament entscheidet zunehmend pro Atomkraft. Es wird direkt gewählt – das nächste Mal am 9. Juni. Gibt es bei der Wahl wie befürchtet einen Rechtsruck, werden sich die Mehrheitsverhältnisse weiter Richtung atomfreundlicher Parteien verschieben.

Wie geht es weiter?

Weitere Vorstöße in Sachen Subventionen für Atomkraft und EU-finanzierte Atomprojekte



Foto: Eric De Witte / Greenpeace

sind spätestens nach der Europawahl zu erwarten.⁰³ Die Lobby arbeitet schon jetzt unermüdlich weiter. Und sie stößt zunehmend auf offene Ohren: So hat sich Frankreich erfolgreich für Nadia Calviño als neue Chefin der Europäischen Investitionsbank (EIB) eingesetzt, die zugesagt hat, sich für Atomkraft zu engagieren.

Aber lassen wir uns nichts vormachen: Die Erzählung von Atomkraft, die angeblich das Klima rettet, ist ein Märchen, das mit der Realität nichts zu tun hat. Auf Atomkraft zu setzen, rettet höchstens die Atomindustrie – jedenfalls eine Zeit lang, bis sie endgültig der Vergangenheit angehört. Wichtig ist, ihre Argumente immer wieder mit harten Fakten zu widerlegen (Beispiele siehe Seite 8/9). Sinnvoll ist auch die Vernetzung der Anti-Atom-Bewegung auf europäischer Ebene. Und wir müssen bei der Europawahl am 9. Juni die Anti-Atom-Fahne hochhalten. Denn obwohl eine Atomkraft-Renaissance im großen Stil schon wegen der hohen Kosten ausbleiben wird, schaden die ständigen Diskussionen über Atomkraft den europäischen Bemühungen um echten Klimaschutz (siehe Interview Seite 10/11).

Anna Stender und Julian Bothe

Kämpfe um Atomkraft

In den vergangenen Jahren hat die EU zahlreiche atomfreundliche Entscheidungen getroffen

EU-Taxonomie

Worum geht's? Die EU-Taxonomie ist ein System zur Bewertung der Nachhaltigkeit von Wirtschaftstätigkeiten. Große Unternehmen müssen offenlegen, inwiefern ihre Aktivitäten konform sind mit den Vorschriften der Taxonomie. Das soll nachhaltige Investitionen fördern und Greenwashing verhindern.

Was ist das Problem? Frankreich und seine Verbündeten konnten im Juni 2022 erreichen, dass Atomkraft und fossiles Gas unter bestimmten Bedingungen als Brückentechnologien gelten. Diese Entscheidung hält nun in allen Verhandlungen nach, in denen es darum geht, ob Atomenergie als nachhaltig gelten soll. Die Taxonomie ist damit selbst zum Greenwashing-Instrument geworden.

EU-Wasserstoffstrategie

Worum geht's? Wasserstoff soll bei Prozessen zum Einsatz kommen, die noch nicht elektrifiziert werden können, vor allem in der Chemie- und Stahlindustrie. Im Februar 2023 hat die EU entschieden, welcher Wasserstoff sich „grün“ nennen darf.

Was ist das Problem? Anders als andere EU-Länder müssen Frankreich (und Schweden) die Kraftwerke, deren Strom zur Produktion von „grünem“ Wasserstoff genutzt werden soll, nicht zusätzlich errichten. Weht der Wind mal nicht, dürfen die Produzenten mit Atomkraft erzeugten Wasserstoff als „grün“ verkaufen. Außerdem darf Frankreich unter bestimmten Bedingungen 20 Prozent seines Wasserstoffziels mit Atomstrom erreichen statt mit Strom aus erneuerbaren Energien.

Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III)

Worum geht's? RED III legt ein Ziel von 42,5 Prozent für den Anteil der Erneuerbaren am EU-Gesamtenergiemix für das Jahr 2030 fest. Verkehr, Gebäude und Industrie, zusammen für rund 70 Prozent der Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich, müssen höhere Ziele erreichen.

Was ist das Problem? Zwar konnte Frankreich nicht durchsetzen, dass Atomkraft den Erneuerbaren gleichgestellt wird. Doch Staaten, die das allgemeine Ziel für 2030 erreichen, können zur Erfüllung des Industrie-Ziels auch Wasserstoff aus Atomkraft mit anrechnen. Frankreich weigert sich, Ausbauziele für Erneuerbare anzugeben und hält an einem kombinierten Ziel für Atomkraft und Erneuerbare fest.⁰⁴

EU-Strommarktreform

Worum geht's? Die Reform des Elektrizitätsmarkt-Designs (EMD) vom Dezember 2023 soll Verbraucher*innen vor starken Preisschwankungen schützen und den Ausbau erneuerbarer Energien fördern. Staatliche Förderungen sollen durch „Differenzverträge“ ersetzt werden: Unterhalb einer vereinbarten Preisspanne zahlt der Staat die Differenz, oberhalb erhält er die Mehreinnahmen.

Was ist das Problem? Die Mitgliedsländer entscheiden selbst, ob sie die neuen Förderinstrumente auch auf bestehende Anlagen anwenden. Frankreich und Polen haben durchgesetzt, dass sie sogar bestehende Atom- und Kohlekraftwerke fördern können – und verschaffen diesen Technologien so wirtschaftliche Vorteile, zum Nachteil des Klimaschutzes.

Net-Zero Industry Act (NZIA)

Worum geht's? Die Produktionskapazitäten für Erneuerbare innerhalb der EU sollen ausgebaut werden. 40 Prozent der Technologien, die es braucht, um die Klimaziele der EU zu erreichen, will die EU gemäß dem „Netto-Null-Industrie-Gesetz“ spätestens 2030 selbst herstellen.

Was ist das Problem? In die Liste der „strategischen Netto-Null-Technologien“ wurde auf Druck Frankreichs auch die Atomkraft aufgenommen. Damit profitiert sie von beschleunigten Genehmigungsverfahren, vereinfachten Verwaltungsvorschriften und einer Priorisierung bei öffentlichen Ausschreibungen.

Europäische SMR-Industrieallianz

Worum geht's? Die im Februar von der Kommission ins Leben gerufenen Initiative will bis 2030 kleine modulare Reaktoren einführen, die EU-Lieferkette dafür stärken und mit qualifizierten Arbeitskräften versorgen.

Was ist das Problem? Politische Aufmerksamkeit und finanzielle Ressourcen fließen in Atomkraft statt in effektiven Klimaschutz. Über EU-Fördermittel könnte auch Deutschland neue AKW-Projekte mitfinanzieren.

01 Die Zeit 21.03.2024, 02 Ursula von der Leyen 21.03.2024, 03 Euractiv 22.02.2024, 04 Euractiv 20.12.2023

Schein und Sein

Analyse | In etlichen EU-Staaten laufen Debatten über Atomkraft und neue AKW. Tatsächlich ausgebaut aber werden nahezu ausschließlich die erneuerbaren Energien. Ein Blick auf die Realität

Wie hat sich die Stromerzeugung in den EU-Ländern in den vergangenen 20 Jahren verändert? Gibt es eine „Renaissance“ der Atomkraft? Wo klappt der Ausbau von Wind- und Solarkraftwerken am besten? Und was hat das mit der Atompolitik der jeweiligen Länder zu tun? .ausgestrahlt hat für alle EU-Länder die Stromerzeugung im Jahr 2023 mit der 20 Jahre zuvor verglichen. Eine Auswahl der Ergebnisse findest Du hier, weitere unter **ausgestrahlt.de**.

Wie die Zahlen zeigen, ist die fossile Stromerzeugung durchgängig rückläufig, die EU-weite Stromerzeugung aus Atomkraft ebenfalls (siehe Infografik Seite 24). Von einer „Renaissance“ der Atomkraft in der EU kann keine Rede sein. Im Gegenteil: In den drei EU-Ländern mit der

am Abstand größten Atomstromproduktion – Frankreich, Spanien, Schweden – ist diese in den vergangenen zwei Jahrzehnten zum Teil drastisch zurückgegangen.

Ausgebaut werden überall die erneuerbaren Energien – auch in den Ländern, die permanent von Atomkraft reden. Selbst Finnland, Rumänien, Tschechien und Ungarn, die als einzige im Jahr 2023 relevant mehr Atomstrom erzeugt haben als noch 2003, haben im selben Zeitraum ihre Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien deutlich stärker gesteigert.

Die Atompolitik hat allerdings Einfluss auf das Tempo, mit dem Energiewende und Klimaschutz vorankommen. In den Ländern, die weiter auf Atomkraft setzen, ist der Ökostromanteil meist geringer und/oder die erneuerbaren

Energien wachsen merklich langsamer als anderswo – mit gravierenden Folgen: Würden die Erneuerbaren jeweils mit derselben Rate weiter ausgebaut wie im Schnitt der vergangenen 20 Jahre, wären viele EU-Länder schon in weniger als zehn Jahren rechnerisch bei einem Ökostrom-Anteil von 100 Prozent. Sie würden dann jedes Jahr mehr erneuerbaren Strom erzeugen, als sie heute Strom verbrauchen. Das Anti-Atom-Land Dänemark könnte dieses Ziel sogar schon in vier Jahren erreichen. In den Atomkraft-Ländern Bulgarien, Finnland, Rumänien, Slowenien und Tschechien hingegen dauert dieselbe Entwicklung um die 20, in Frankreich gar 32 und in der Slowakei gar 44 Jahre: Atomkraft behindert die Energiewende.

Armin Simon

Polen

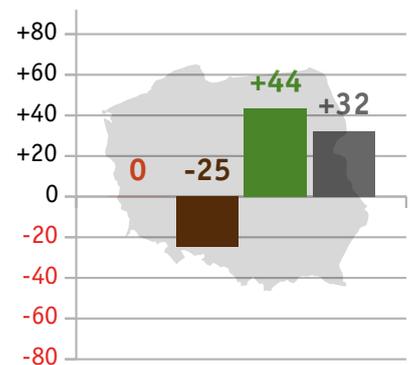
Atom-Ankündigungen: Bau von bis zu 6 AKW (davon 3 angekündigt seit 2009), plus etliche small modular reactors (SMR)

Atom-Realität: AKW-Ruinen aus den 1980er Jahren nie vollendet; ein erstes AKW würde frühestens 2040 Strom erzeugen, Finanzierung ungeklärt;⁰¹ SMR-Projekte stehen in den Sternen

Ökostrom-Anteil: 27 %, stark steigend

Erneuerbaren-Wachstum: + 16 %/Jahr, d.h. > 100 % eE in 9 Jahren

Erneuerbaren-Realität: neue Regierung hebt Blockade der Windenergie an Land auf; mehrere Offshore-Windparks in der Ostsee kurz vor Baubeginn; Solarstrom-Erzeugung binnen fünf Jahren vervierzigfacht



Niederlande

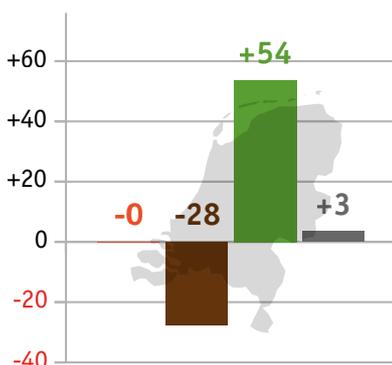
Atom-Ankündigungen: Bau von bis zu 4 AKW, plus SMR

Atom-Realität: Laufzeitverlängerung für einen Uralt-Reaktor (51 Jahre!) mit potenziell rissigen Dampferzeuger-Rohren über 2033 hinaus beantragt; neue Reaktoren würden am möglichen Standort die Windstromeinspeisung aus Offshore-Windparks behindern; SMR-Projekte stehen in den Sternen

Ökostrom-Anteil: 50 %, stark steigend

Erneuerbaren-Wachstum: + 14 %/Jahr, d.h. > 100 % eE in 6 Jahren

Erneuerbaren-Realität: 2023 Inbetriebnahme des weltgrößten Offshore-Windparks nach nur zwei Jahren Bauzeit; weitere in Bau und Planung



Frankreich

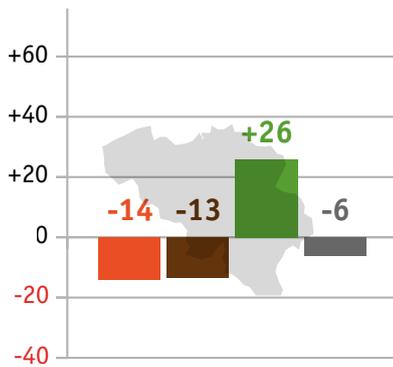
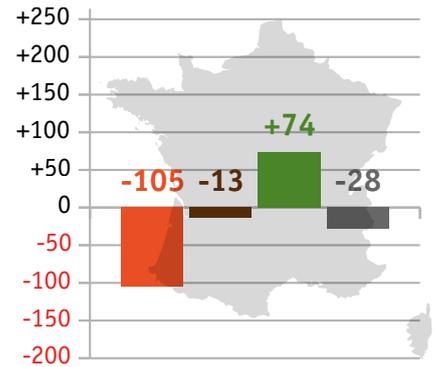
Atom-Ankündigungen: Bau von 6 plus evtl. 8 weiteren Reaktoren vom Typ EPR2, plus SMR

Atom-Realität: 55 Reaktoren mit hoher Ausfallrate und gefährlichen Rissen, Durchschnittsalter > 39 Jahre, Laufzeitverlängerungen angestrebt; Atomindustrie wegen Überschuldung verstaatlicht und nur mit Steuer-Milliarden gerettet; ein einziges AKW (Typ EPR) seit 2007 in Bau, mit explodierenden Kosten, gravierenden Sicherheitsdefiziten und Reparaturbedarf schon vor Inbetriebnahme; Nachfolgemodell EPR2 existiert nur als Grobskizze, früheste Inbetriebnahme eines ersten Reaktors laut Regierungsvermerk 2039–2043 – aber nur, wenn alles glattläuft und die Regierung Milliarden zuschießt;⁰² vehementer Kampf auf EU-Ebene um atomfreundliche Regelungen und Finanzierungsmöglichkeiten für AKW

Ökostrom-Anteil: 29 %, bisher nur schwach steigend

Erneuerbaren-Wachstum: + 4 %/Jahr, d.h. > 100 % eE in 32 Jahren

Erneuerbaren-Realität: gesetzliche Pflicht zur Überdachung großer Parkplätze mit Solaranlagen wird binnen weniger Jahre doppelt soviel Strom liefern wie das Neubau-AKW; Photovoltaik-Pflicht für Nichtwohngebäude beschlossen; Offshore-Windparks mit mehreren Gigawatt Leistung in Bau, weitere in Vorbereitung⁰³



Belgien

Atom-Ankündigungen: Bau von SMR

Atom-Realität: Atomausstieg in Gang: zwei von sieben Reaktoren abgeschaltet, Laufzeit von drei weiteren endet 2025; kostspieliger Deal der Regierung mit Betreiber für Laufzeitverlängerung der beiden 39 Jahre alten anderen Reaktoren bis 2035⁰⁴ bei halb staatlichem Betrieb; 100 Mio. Euro Fördermittel für „Entwicklung“ von SMR-Projekten

Ökostrom-Anteil: 32 %, stark steigend

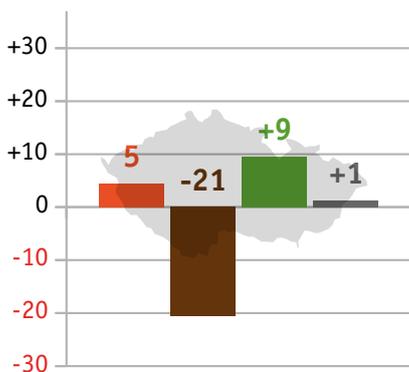
Erneuerbaren-Wachstum: + 17 %/Jahr, d.h. > 100 % eE in 8 Jahren

Erneuerbaren-Realität: Verdopplung der Stromproduktion aus Wind- und Solaranlagen in den vergangenen fünf Jahren; politischer Beschluss zur Verdreifachung der Offshore-Windkraft

Tschechien

Ökostrom-Anteil: 17 %, moderat steigend

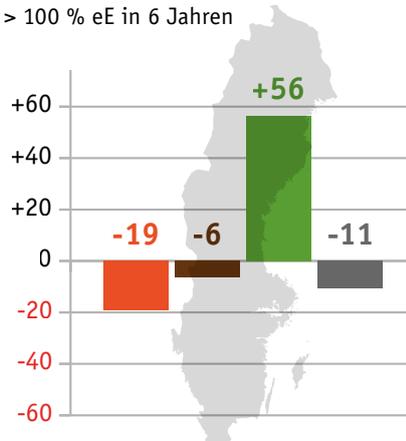
Erneuerbaren-Wachstum: + 9 %/Jahr, d.h. > 100 % eE in 20 Jahren



Schweden

Ökostrom-Anteil: 84 %, schwach steigend

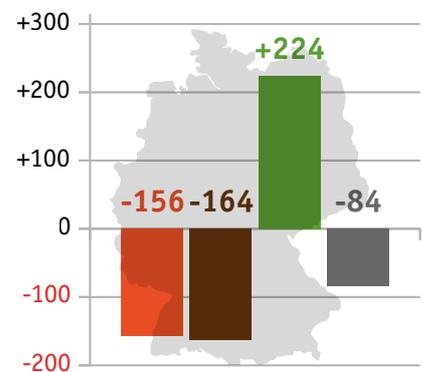
Erneuerbaren-Wachstum: + 3 %/Jahr, d.h. > 100 % eE in 6 Jahren



Deutschland

Ökostrom-Anteil: 53 %, moderat steigend

Erneuerbaren-Wachstum: + 9 %/Jahr, d.h. > 100 % eE in 8 Jahren



Grafiken: Veränderungen bei Stromerzeugung (brutto) und -verbrauch (brutto) ausgewählter Länder in den vergangenen 20 Jahren (2023 verglichen mit 2003), in Milliarden Kilowattstunden. Um die Entwicklungen in Ländern mit unterschiedlich großem Stromverbrauch vergleichbar zu machen, ist die Skalierung der Y-Achse an den Stromverbrauch 2023 angepasst. Die Höhe der Balken gibt also (unabhängig von den Zahlenwerten) die Bedeutung der Veränderung für die Stromversorgung des jeweiligen Landes wieder.

Ökostrom-Anteil: Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch 2023

Erneuerbaren-Wachstum: In den vergangenen 20 Jahren nahm die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Schnitt um ... % jährlich zu. Bei gleichbleibender Wachstumsrate und unverändertem Stromverbrauch wäre in ... Jahren ein Ökostromanteil von mehr als 100 % erreicht.

Quellen: Eurostat 2024 (Zahlen), Ember 2024 (Zahlen), WNISR 2023 (Zahlen und Infos, sofern nicht anders angegeben)





Atomgipfel in Brüssel: Ihnen geht es um Geld für Atomkraft, nicht ums Klima

Foto: ZUMA Press / Alamy Stock Photo



Foto: Greenpeace

Jan Haverkamp

Jan Haverkamp ist Experte für Atom- und Energiepolitik bei Greenpeace und WISE und beschäftigt sich seit Langem mit der europäischen Atomlobby.

„Klima interessiert die Atomlobby nicht“

Interview | Jan Haverkamp, EU-Atom-Experte, über den Atom-Streit der EU und den Kampf der europäischen Atomlobby um die Klimaschutzmilliarden

In Brüssel tobt ein Streit um Atomkraft. Wie ist es dazu gekommen?

Jan Haverkamp: Vorstöße kamen zuerst aus Frankreich. 2017 lief es mit dem EPR, dem französischen Neubau-Reaktor, sehr schlecht. Der war eigentlich als Exportschlager geplant. Dem staatlichen Nuklearkonzern EDF war es auch nicht wie geplant gelungen, ins Geschäft mit den Erneuerbaren einzusteigen. In dieser Situation hat Macron zur Rettung von EDF die Flucht nach vorn angetreten. Der ganze französische Staat trieb plötzlich die Renuklearisierung von EDF und den Neubau von Reaktoren in Frankreich voran, auch auf EU-Ebene.

Zuletzt hat die EU einige Entscheidungen getroffen, die Atomkraft begünstigen – zum Beispiel die Taxonomie und die Erneuerbare-Energien-Richtlinie. Was ist die aktuelle Stoßrichtung der Atomlobby?

Die Atomindustrie braucht Geld. Frankreich und seine Verbündeten wollen durchsetzen, dass die Europäische Investitionsbank (EIB) künftig Atomprojekte finanziert. Frankreich hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass Nadia Calviño neue EIB-Chefin wird, weil diese versprochen hat, das zu unterstützen. Im Rat der Gouverneure aber ist das letzte Wort dazu noch nicht gesprochen.

Geht es nur um die EIB?

Im Moment sagt die EIB ebenso wie die Weltbank, dass die Risiken bei Atomprojekten zu groß sind. Daran orientieren sich auch kommerzielle Banken. Ändert die EIB ihre Politik, könnten andere Banken mitziehen.

Kommt die Lobbyarbeit für Atomkraft vor allem aus der Politik?

Die EU-Mitgliedstaaten und Politiker*innen, die für Atomkraft sind, spielen eine zentrale Rolle. Der französische Binnenmarkt-Kommissar Thierry Breton etwa spricht sich vehement für Atomenergie aus, dabei ist das gar nicht sein Bereich. Auch Kadri Simson, die Kommissarin für Energie, spricht immer positiver über Atomenergie. Natürlich lobbyiert auch die Atomindustrie selbst. Dazu gehören EDF, Westinghouse und KEPCO/KHNP und andere ebenso wie Startups, die an sogenannten small modular reactors (SMR) basteln und die Breakthrough Foundation von Bill Gates, die viele Gespräche mit Kommissionsmitgliedern und von der Leyen geführt hat. Auch Beratungsfirmen, die Geld mit Studien verdienen, mischen mit. Die neulich ins Leben gerufene „SMR-Allianz“ zeigt, dass die Kommission dem Druck nachgibt – obwohl längst nicht alle in der Generaldirektion Energie glauben, dass aus den SMR etwas wird.

Welche Rolle spielen Pro-Atom-Organisationen?

Da gibt es einmal sogenannte Astroturf-Gruppen, also solche, die als Bürgerinitiative auftreten, aber von der Industrie finanziert sind. Daneben gibt es sogenannte ökomodernistische Organisationen, die für Atomkraft und Gentechnik eintreten. Wirklich erfolgreich sind die eigentlich nicht. Aber sie versuchen, einen Fuß in die Tür zu bekommen.

Welche Interessen stehen hinter den Aktivitäten der Atomlobby?

Frankreich geht es ganz klar um die Rettung von EDF. Bei der SMR-Entwicklung machen sie vor allem mit, weil die Diskussion über SMR auch den herkömmlichen großen AKW politisch nutzt. Das französische Militär braucht zudem erfahrenes Personal aus der zivilen Nuklearindustrie. Daneben geht es um Geld und Aufträge für die Nuklearindustrie und für Beratungsfirmen. Ideologie spielt ebenfalls eine wichtige Rolle. Und konkret will

man etwa Vorschriften innerhalb der EU harmonisieren, um Genehmigungsverfahren abzukürzen.

Welche Rolle spielt das stets vorgetragene Klima-Argument?

Der Klimaschutz dient nur zu Marketing-Zwecken. Mit der Wirklichkeit hat das wenig zu tun. Für eine Verdoppelung der Atomkraft müssten zwischen 2040 und 2050 jedes Jahr 80 bis 90 neue große Reaktoren ans Netz, bei einer Verdreifachung sogar 110. Die Treibhausgasemissionen würde das nur um wenige Prozent verringern. Mit dem Ausbau von erneuerbaren Energien ließe fürs gleiche Geld viel schneller viel mehr CO₂ einsparen. Das Klima interessiert die Atomlobby nicht.

Wird es eine Renaissance der Atomkraft geben in Europa?

Nein – auch wenn noch so viele davon reden. In den Niederlanden wird es mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit kein neues AKW geben. In Schweden auch nicht. In Frankreich werden vielleicht noch zwei neue Großreaktoren gebaut. Möglicherweise gehen auch ein paar SMR ans Netz. Aber letztlich wird es am Geld scheitern. Erneuerbare müssen 2050 über 80 Prozent der Energie liefern. Ob Atomenergie dann noch eine relevante Rolle spielen wird, weiß ich nicht. Wahrscheinlich wird sie einfach auslaufen.

Warum sind die Lobby-Bemühungen trotzdem gefährlich?

Es wird viel zu viel über Atomenergie geredet und viel zu viel Geld reingesteckt. Das bremst den Klimaschutz aus. Ein Beispiel: In den Niederlanden gibt es einen Klimafonds von 35 Milliarden Euro bis 2030. Fünf Milliarden davon fließen nun in Vorbereitungen für einen Ausbau der Atomenergie. Eigentlich müssen wir jetzt knallharte Maßnahmen für den Klimaschutz ergreifen, aber sie kommen überall zu langsam, weil man sich durch Atomkraft von anderen Themen ablenken lässt.

Was ist mit dem ungelösten Atommüll-Problem?

Die Atom-Diskussionen sind so ideologisch, dass das keine Rolle spielt. Zukünftigen Generationen gegenüber ist das ungerecht. Wir als Bewegung müssen viel deutlicher machen, dass das ein ungelöstes Problem ist.

Gibt es in Brüssel auch Akteure, die sich deutlich gegen Atomkraft aussprechen?

Da hat sich in den letzten zwei Jahren zum Glück einiges bewegt. Der Streit um die EU-Taxonomie hat da eine Schlüsselrolle gespielt. Da wurde klar, welches Greenwashing mit Atomenergie betrieben wird.

Wie kann die Bundesregierung Einfluss nehmen?

Deutschland sollte verlässlich auf der Seite der atomkritischen Staaten stehen. Ständig die Fakten benennen. Und dafür sorgen, dass Atomenergie keine Ausnahmestellung bekommt. Deutschland hat elf Staaten an seiner Seite. Gemeinsam können sie Mehrheiten schaffen. Dafür muss sich die Bundesregierung einsetzen.

Was können wir der Atomlobby in der EU noch entgegensetzen?

Nach dem Abschalten der deutschen AKW hat das Interesse an der Brüsseler Atompolitik in Deutschland gefühlt deutlich abgenommen. Das macht mir Sorgen. Wir brauchen die kritische Stimme und Analyse der Anti-AKW-Bewegung, auch in Deutschland. Es ist sehr wichtig, dass die Leute zur Wahl gehen. Ansonsten geht die eigene Stimme verloren. Und wir müssen dem Newspeak entgegentreten, Fakten verbreiten, auch in den sozialen Medien. Facts matter. Wie viel Geld und Zeit wir noch an die Atomenergie verschwenden, hängt davon ab, wie sehr der Desinformation der Atomlobby geglaubt wird.

Im Juni ist Europawahl. Was wird sich verändern?

Es ist zu befürchten, dass es eine Mehrheit für die Atomenergie geben wird, vor allem von rechts. Hoffentlich bleiben kritische Stimmen innerhalb der EVP aktiv, aus der CDU und aus der ÖVP zum Beispiel. Die Lobby-Bemühungen werden intensiver und unter Umständen auch erfolgreicher werden. Wenn die atomkritischen Parteien kleiner werden, besteht die Gefahr, dass das Thema bei ihnen geringere Priorität bekommt und sie weniger Mitarbeiter*innen drauf ansetzen. Das haben wir in letzter Zeit schon gesehen. Es ist wichtig, dass das nicht weiter abnimmt. Dann schaffen wir es auch, diese Desinformation zu stoppen und die Ablenkung nicht zu groß werden zu lassen. Darum geht's. *Interview: Anna Stender*



Foto: Vattenfall

Ein „systematisches“ Zerbröseln des hochradioaktiven Inhalts sei nicht zu besorgen, heißt es

Dienst nach Vorschrift

Hintergrund | Was passiert mit dem hochradioaktiven Atommüll, wenn die Genehmigungen für Zwischenlager und Castoren in wenigen Jahren auslaufen? Das ist weiterhin ungeklärt – und die Politik lässt sich Zeit

Als erstes ist das zentrale Zwischenlager in Gorleben dran: Seine Genehmigung läuft 2034 aus – in zehn Jahren also. 2036 folgt das Lager in Ahaus und in den 2040er Jahren sind die Standort-Zwischenlager an der Reihe.⁰¹ Die Uhr tickt: Die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), die fast alle Lager betreibt, muss spätestens acht Jahre vor Ablauf der Genehmigungen darlegen, wie es mit dem eingelagerten Atommüll weitergehen soll (bei den Lagern in Gorleben und Ahaus sind es sechs Jahre). Dass der Atommüll deutlich län-

ger zwischenlagern muss als ursprünglich geplant – nicht nur ein paar Jahre länger, sondern 80 Jahre oder mehr – ist ein Problem für die Zwischenlager-Hallen. Sie bieten bereits heute wenig Sicherheit. Auch die Castor-Behälter sind nicht für diese lange Lagerdauer konzipiert.

Wie geht es also weiter? Derzeit sieht alles danach aus, als wollten Politik und BGZ den Müll einfach in den Hallen stehen lassen. Eine Verlängerung der Genehmigungen ist allerdings nicht möglich – man ging davon aus, dass die letzten Castor-Behälter nach höchstens

40 Jahren Richtung „Endlager“ rollen würden. Die Latte für eine Neugenehmigung aber liegt hoch: Der Betreiber muss für jedes einzelne Lager nachweisen, dass es dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entspricht. Auch eine Öffentlichkeitsbeteiligung mit Prüfung der Umweltverträglichkeit ist nötig, ebenso wie die Zustimmung des Bundestags. Selbst der Status quo lässt sich also nur mit erheblichem Aufwand erhalten.

Große Herausforderungen

Dass sowohl die Hallen selbst als auch die Behälter und deren Inhalt immer älter werden, wird in den Verfahren eine viel größere Rolle spielen müssen als bei der ersten Genehmigung. Die Sicherheitsnachweise für die Castor-Behälter gelten für einen Zeitraum von 40 Jahren – die ersten laufen bereits 2032 aus. Sie basieren vor allem auf Rechenmodellen und werkstofftechnischen Untersuchungen. Die BGZ macht zwar viel Lärm um ihr Forschungsprogramm für die verlängerte Zwischenlagerung,⁰² doch ist dieses bei Weitem nicht ausreichend. Denn ob es in den Castor-Behältern wirklich so aussieht, wie vor Jahrzehnten vorhergesagt, ist keineswegs sicher. Berechnungen und die Untersuchung von Einzelaspekten können die komplexen Vorgänge im Inneren der Behälter nicht ausreichend abbilden. Statt repräsentative Behälter zu öffnen und zu untersuchen, sollen die Castoren als Blackboxes stehen bleiben.⁰³ Das Bundesumweltministerium (BMUV) teilte auf Anfrage von .ausgestrahlt mit, es sei „kein systematisches Versagen der Behälterdichtsysteme, der Behältereinbauten sowie der Integrität der bestrahlten Brennelemente oder verglasten hochradioaktiven Abfälle zu besorgen“.

Auch die Gebäude selbst sind heute neuen Risiken ausgesetzt, die in einem Neugenehmigungsverfahren eine Rolle spielen müssen. Bestimmte Terror- oder gar Kriegsszenarien scheinen heute – leider – viel wahrscheinlicher als noch vor wenigen Jahrzehnten. Auch könnten neue Waffensysteme wie etwa Drohnen zum Einsatz kommen.

Bedingungen ungeklärt

Die Neugenehmigung der Zwischenlager ist also nichts weniger als ein Mammutprojekt.

Phasenweise werden bis zu elf solcher Verfahren gleichzeitig laufen. Ein spezifisches Regelwerk für die verlängerte Zwischenlagerung wäre daher sinnvoll. Das schlägt die Entsorgungskommission (ESK) vor; auch Bundesumweltministerium, Atommüll-Bundesamt (BASE) und BGZ halten es für sinnvoll.⁰⁴ Die Zeit drängt allerdings: Spätestens wenn das erste Verfahren startet, muss klar sein, welche Sicherheitsanforderungen künftig gelten sollen und auf welche Weise und in welchem Umfang der Betreiber die Sicherheit gewährleisten und nachweisen muss. Legt man die von ESK und BASE auf acht Jahre geschätzte Dauer für ein Genehmigungsverfahren zugrunde, müsste das erste schon 2026 starten.

Keine Priorität

Entsprechend wichtig wäre jetzt, unverzüglich ein umfassendes Konzept für die Lagerung des hochradioaktiven Abfalls bis zur sogenannten „Endlagerung“ zu entwickeln, bei dem die Sicherheit der Bevölkerung an oberster Stelle steht. Denkbar wären etwa robuste Neubauten an allen Standorten. Diese sollten auch ermöglichen, defekte Behälter zu reparieren und ihren Inhalt zu überprüfen. Die Entwicklung eines solchen Gesamtkonzepts bedarf einer Öffentlichkeitsbeteiligung mit echten Mitbestimmungsrechten, um einen gesellschaftlichen Konsens über den Umgang mit den strahlenden Hinterlassenschaften der Atom-Ära zu erreichen.

Doch für all das ist nicht einmal ein Plan in Sicht. Das Bundesumweltministerium etwa überarbeitet derzeit das Nationale Entsorgungsprogramm (NaPro, siehe Randspalte). Der Entwurf liegt .ausgestrahlt vor. Er lässt nicht erwarten, dass in der Endfassung substantiell Neues zur verlängerten Zwischenlagerung zu lesen sein wird. Bis heute ist unklar, für welchen Zeitraum neue Genehmigungen überhaupt beantragt werden sollen. Auch das BASE, zuständig für die Genehmigungsverfahren, ist bisher nicht mit konkreten Vorschlägen an die Öffentlichkeit gegangen. Das Ministerium teilte mit, es habe in Zusammenarbeit mit dem BASE „mit der Erstellung eines Regelwerks für die erforderlichen Sicherheitsnachweise für die verlängerte Zwischenlagerung begonnen“.

Anna Stender

In der Pipeline

Das **Bundesumweltministerium** überarbeitet derzeit das **Nationale Entsorgungsprogramm (NaPro)**, das voraussichtlich im August erscheinen wird. Alle drei Jahre muss die Bundesregierung darin der EU-Kommission den geplanten Umgang mit dem Atommüll in Deutschland erläutern.

Das von Anti-Atom- und Umweltorganisationen, darunter auch **.ausgestrahlt**, getragene Projekt **Atommüll-report** stellt dem NaPro seit 2013 eine eigene, realistischere Bestandsaufnahme entgegen. Auch diese wird aktuell überarbeitet und soll im Laufe des Jahres veröffentlicht werden.

Ebenfalls noch in diesem Jahr stellt die **Atommüllkonferenz (AMK)** ein neues **Positionspapier zur Zwischenlagerung** mit Forderungen an die Politik vor. Die AMK ist ein fachlich-politisches, parteiunabhängiges Forum für Betroffene, kritische Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen von Anti-Atom- und Umwelt-Organisationen.

01 Die Zwischenlager in Jülich und Brunsbüttel, die seit 2013 bzw. 2015 keine Genehmigung mehr haben, werden derzeit auf Basis ministerieller Anordnungen weiterbetrieben und sind nicht in die Zuständigkeit der BGZ übergegangen.

02 BGZ 2023

03 ESK 2023, S. 5

04 ESK 2023, S. 16



Foto: Lars Hoff

Putins Männer sind schon vor Ort

„Framatome schafft Fakten am Gesetz vorbei“

Interview | Rechtsanwältin Michéle John über die Gefahr von Spionage und Sabotage durch Rosatom und den Versuch von Framatome, Sicherheitsvorschriften durch Ausweichen auf ein benachbartes Grundstück zu umgehen

Frau John, der Betreiber der Brennelemente-Fabrik in Lingen will in Zusammenarbeit mit dem russischen Staatskonzern Rosatom die Brennelementefertigung in Lingen ausbauen. Kann die Atomaufsicht dieses Vorhaben verhindern?

Michéle John: Die Behörde hat ein sogenanntes Versagungsermessen, darin unterscheidet sich das Atomrecht von vielen anderen Rechtsgebieten. Selbst wenn die im Gesetz genannten Voraussetzungen für eine Genehmigung erfüllt sind, kann die Behörde diese versagen – zum Beispiel, weil das Vorhaben gegen die Gesetzeszwecke in § 1 AtG verstoßen könnte, nämlich die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet.

Die Bundesregierung hat dafür schon vor zweieinhalb Jahren Erkenntnisse zusammengetragen, damals auf Basis des Außenwirtschaftsrechts. Sind diese auch im atomrechtlichen Verfahren relevant?

Ob eine Gefährdung der inneren oder äußeren Sicherheit vorliegt, kann auch mit Blick auf die Kriterien des Außenwirtschaftsrechts beantwortet werden, und natürlich spielt auch die Gefährdung der Sicherheitslage eine Rolle, beispielsweise durch mögliche Einflussnahmen eines ausländischen Staates auf kritische Infrastrukturen.

Welche Sicherheitsgefahren könnten aus dem Vorhaben denn erwachsen?

Die Brennelemente sollen unter Beteiligung und Lizenz von Rosatom hergestellt werden. Rosatom ist ein russischer Staatskonzern, direkt dem Kreml unterstellt. Er bündelt alle nuklearen Aktivitäten Russlands, vom Uranabbau über AKW bis zu den Atomwaffen. Der Konzern ist auch an der illegalen Besetzung des ukrainischen AKW Saporischschja beteiligt.

Aber was hat all das mit dem Projekt in Lingen zu tun?

Es geht etwa um die Gefahr von Spionage und Sabotage. Wir wissen, dass Russland das gerade auf allen Ebenen versucht, und gerade kritische Infrastrukturen sind immer ein Ziel. Mit dem Projekt bekäme der Kreml Zugang zu einer Fabrik, die Brennelemente für AKW in ganz Europa fertigt. Nicht nur physischen Zugang, über von Rosatom gelieferte Maschinen, die von Rosatom-Mitarbeitenden aufgebaut, konfiguriert und gewartet werden, oder persönlich über Schulungen, bei denen Rosatom-Leute zum Personal der Fabrik Kontakte aufbauen können. Sondern sicher auch elektronisch, weil die Framatome-Mitarbeitenden ja einen engen Austausch mit Rosatom pflegen werden. Da bieten sich jede Menge Einfallstore.

Betrifft das nur die Brennelemente-Fabrik in Lingen selbst?

Nein. In Lingen sind sensible und sicherheitsrelevante Informationen zu allen von Lingen belieferten AKW in ganz Europa vorhanden. Die Fabrik ist außerdem in ein Netz von Zulieferern aus dem Nuklearbereich eingebunden und Teil des Framatome-Konzerns, der Reaktoren baut, entwickelt und wartet. Wir müssen davon ausgehen, dass das europaweit Auswirkungen haben kann.

In den jüngsten Berichten über Spionage-Verdachtsfälle in Deutschland unter anderem durch Russland war auch die Rede von möglichen Sabotage-Akten. Womit muss man da bei dem Projekt in Lingen rechnen?

Zu befürchten sind etwa Manipulationen an den Brennelementen. Rosatom liefert und programmiert ja nicht nur die Maschinen, die hier aufgestellt werden sollen, sondern liefert auch Komponenten für die zu fertigenden Brennelemente. Dazu gehören sogar fertig verschweißte Brennstäbe, in die keiner mehr reinschauen kann. Mit seinem Wissen, seinen technischen, organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten dürfte es für Rosatom ein Leichtes sein, unbemerkt veränderte Komponenten anzufertigen oder den Prozess in Lingen so zu manipulieren, dass am Ende fehlerhafte Brennelemente herauskommen. In den Reaktoren, in denen diese dann eingesetzt werden sollen, könnte sich das fatal auswirken: mit unerwarteten Reaktionen, Strahlenfreisetzungen, Schäden am Reaktor und indirekt damit auch Störungen der Stromversorgung.

Die aus Lingen belieferten AKW liegen allesamt im Ausland. Inwiefern sind mögliche Gefahren dort für das Verfahren hier relevant?

Solche Ereignisse könnten auch Auswirkungen auf Deutschland haben – radiologisch, über das Stromnetz oder politisch: Sabotage „made in Lingen“ hätte auch Auswirkungen auf die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

Framatome hat eingeräumt, das Projekt nicht ohne Hilfe von Rosatom-Mitarbeitenden durchführen zu können. Müssten die dann auch einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden, wie alle Personen, die in der Brennelemente-Fabrik arbeiten?

Ja. Aber die Frage ist, ob die Verfassungsschutz- und Polizeibehörden in Deutschland überhaupt an belastbare Informationen über diese Leute kommen. Das hängt immer auch von der Mitarbeit des entsendenden Staates ab, in dem Fall also des Kreml.

Framatome hat, wie .ausgestrahlt mit aufgedeckt hat, die Maschinen aus Russland bereits anliefern lassen. Rosatom-Mitarbeitende haben sie in Lingen auf einem Grundstück in der Nähe der Fabrik aufgebaut, getestet, konfiguriert und die Framatome-Mitarbeitenden dort geschult. Was halten Sie davon?

Das ist ein Trick, um die Sicherheitsüberprüfungen der Rosatom-Leute zu umgehen. Aufbau und Einrichtung der Maschinen ist meines Erachtens außerdem bereits ein „Errichten“ einer Atomanlage. Die atomrechtliche Genehmigung dafür ist noch nicht erteilt, das Verfahren läuft ja noch. Framatome schafft hier Fakten am Gesetz vorbei.

Es gab mehr als 11.000 Einwendungen gegen das Vorhaben. Das niedersächsische Umweltministerium muss diese öffentlich erörtern und dann im Benehmen mit der Bundesatomaufsicht entscheiden. Welche Optionen hat der Minister?

Er könnte die Genehmigung erteilen, mit oder ohne Auflagen. Er könnte verlangen, weitere Unterlagen einzureichen. Oder er könnte die Genehmigung wegen erheblicher Zweifel versagen.

Interview: Armin Simon



Foto: rae-guenther.de

Michéle John

Dr. Michéle John ist Verwaltungsrechtlerin in der Kanzlei Günther in Hamburg. Im Auftrag von .ausgestrahlt hat sie eine Expertise zu den sicherheitspolitischen Gefahren erstellt, die bei einem Einstieg Rosatoms in Lingen drohen, und dargelegt, welche Folge dies für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren haben muss. Außerdem vertritt sie .ausgestrahlt in dem Verfahren.

Die „**Rechtliche und sachliche Bewertung zum Genehmigungsverfahren**“ kannst Du hier herunterladen: ausgestrahlt.de/lingen

Booster für die Energiewende

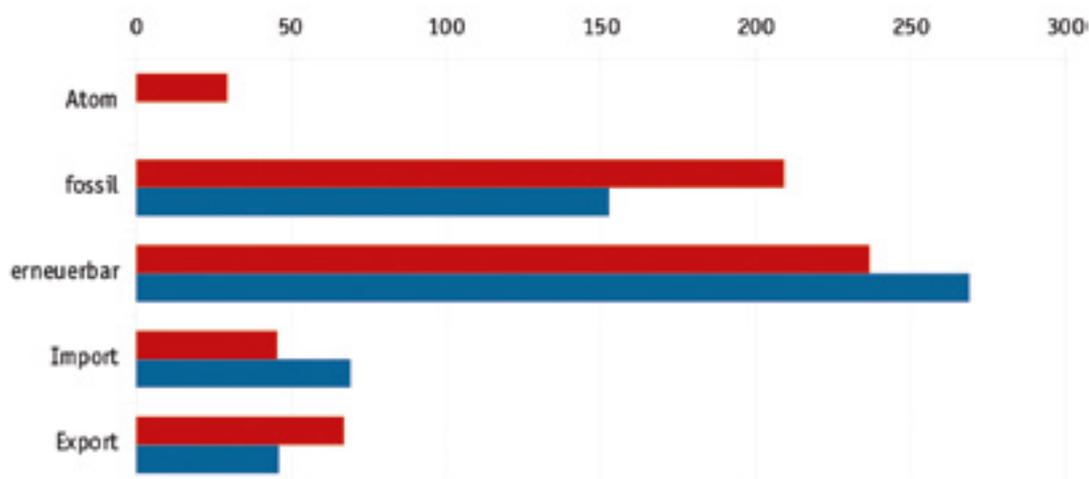
Analyse | Ein Jahr nach Abschaltung der letzten AKW sind die Erneuerbaren im Aufschwung, die Kohleverstromung ist drastisch zurückgegangen – Früchte des jahrzehntelangen Kampfs Hunderttausender gegen Atomkraft und für die Energiewende. Ein Überblick

1. Erneuerbare statt Atomstrom

Das Plus bei den erneuerbaren Energien hat den weggefallenen Atomstrom der letzten drei Reaktoren nach nur einem Jahr bereits mehr als ersetzt. So erzeugten allein Solar- und Windkraftanlagen in den zwölf Monaten nach Abschaltung der AKW 32 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom als im Jahr zuvor. Das ist mehr, als die AKW in den zwölf Monaten vor ihrem Aus ins Netz einspeisten.

Insgesamt haben die Erneuerbaren die Atomkraft bei der Stromerzeugung schon 2011 übertroufen. Seit 2015 erzeugen sie jedes Jahr sogar mehr Strom, als die AKW jemals in einem Jahr produziert haben. 2023 war die Ökostrom-Erzeugung mehr als anderthalb mal so groß wie das historische Atomstrom-Maximum und deckte bereits 54 % des gesamten Strombedarfs.⁰¹

Stromerzeugung vor und nach Abschaltung der AKW
in Mrd. kWh



01 Fraunhofer ISE, 2024

02 Fraunhofer ISE, 2024

03 Fraunhofer ISE, 2024



2. Kohleausstieg nimmt Fahrt auf

In den zwölf Monaten nach dem AKW-Aus ging der Einsatz von Steinkohle zur Stromerzeugung in Deutschland um knapp die Hälfte zurück, die Braunkohleverstromung nahm um knapp ein Drittel ab, und die fossile Stromerzeugung insgesamt reduzierte sich um fast ein Viertel. Ein maßgeblicher Grund dafür ist der Boom der erneuerbaren Energien, den die Anti-Atom-Bewegung technisch losgetreten, politisch durchgesetzt und wirtschaftlich ermöglicht hat: Der günstige Ökostrom drängt nun auch die fossile Stromerzeugung immer weiter zurück. Der Ausstieg aus der Atomkraft wirkt als Booster für die Energiewende. Geht es in diesem Tempo weiter, ist der Kohleausstieg in wenigen Jahren vollendet.



3. Stromimporte hauptsächlich erneuerbar

Im Vergleich zu den zwölf Monaten vor Abschaltung der AKW hat Deutschland zuletzt weniger Strom exportiert und zugleich mehr Strom importiert. Einer der Gründe dafür ist der europaweite Ausbau der erneuerbaren Energien: Auch auf dem europäischen Strommarkt ist immer mehr Stunden im Jahr viel sehr günstiger Wind- und Solarstrom im Angebot. Deutschland hat davon über Stromimporte kräftig mit profitiert und zugleich den Einsatz teurerer fossiler Kraftwerke weiter reduziert.

Von Mitte April 2023 bis Mitte April 2024 hat Deutschland etwa 47 Milliarden Kilowattstunden Strom exportiert. Von den 62 Milliarden Kilowattstunden, die es im selben Zeitraum importierte, stammte, den jeweiligen Strommix in den Importländern zugrunde gelegt, die Hälfte aus erneuerbaren Energien. Hauptimportland war Dänemark.

Nur je ein Viertel des Importstroms stammte demnach aus fossilen und Atomkraftwerken. Bezogen auf den gesamten Stromverbrauch Deutschlands entspricht dies einem Atomstromanteil von gut 3 %. Dieser wird mit zunehmendem Ausbau der erneuerbaren Energien in ganz Europa weiter sinken. Zu berücksichtigen ist ferner, dass Deutschland, auch als hierzulande noch etliche AKW liefern, regelmäßig Strom aus dem Ausland

importiert hat, vermutlich sogar mit höherem Atomstromanteil. Der europäische Stromverbund ist erst dann vollständig atomstromfrei, wenn die AKW europaweit abgeschaltet sind.

4. Jede Menge Kraftwerke in Reserve

Ende 2023 waren in Deutschland Kraftwerke mit einer Gesamtnettoleistung von 254 Gigawatt am Netz, darunter 102 Gigawatt regelbare, von Wind und Sonne unabhängige Kraftwerke, plus Batteriespeicher mit einer Gesamtleistung von 8 Gigawatt.⁰² Die kurzzeitig maximal nachgefragte Spitzenlast lag demgegenüber bei unter 80 Gigawatt.⁰³ Selbst bei absoluter Windstille und Dunkelheit hätte Deutschland seinen Strombedarf also jederzeit aus eigenen Kraftwerken decken können. Nötig war das allerdings nie.

5. Atom-Diskussionen im Aufwind, AKW im Rückbau

Alle drei 2023 abgeschalteten AKW sind im Rückbau, insbesondere ist inzwischen in allen dreien die Dekontamination des Primärkreislaufs abgeschlossen. Dabei wird der Reaktor mit einer aggressiven Säure durchspült, die auch die Rohre selbst angreift. Eine Wiederinbetriebnahme ist damit praktisch ausgeschlossen.

Dessen ungeachtet wettern insbesondere rechte Parteien und Kreise weiterhin (und bisweilen sogar vehementer als in den Jahren vor der Abschaltung der AKW) gegen das Atom-Aus oder fordern gar einen Wiedereinstieg. Es ist eine billige Forderung, die nicht nur sämtliche Sicherheitsprobleme und Risiken der Atomkraft ausblendet, sondern auch die technische, politische, gesellschaftliche, rechtliche und wirtschaftliche Realität: Für neue Atomanlagen sind weder Betreiber noch Financiers in Sicht, das Atom-Risiko will niemand tragen, die Energiewirtschaft ist längst auf einem anderen Pfad. Auch eine Scheindebatte um Atomkraft aber lenkt von Wichtigem ab und behindert und bremst die Energiewende.

Armin Simon

„Bei einem Unfall wären wir unmittelbar betroffen“

Porträt | Martina Matt (66) und Hans-Eugen Tritschler (71) leben in Südbaden, unweit der Schweizer AKW. Vom schweizerischen Energiedepartement fordern sie eine Umweltverträglichkeitsprüfung für den Langzeitbetrieb des AKW Leibstadt



Fotos: privat

Martina: Ich wohne in Laufenburg am Hochrhein, ungefähr 10 Kilometer Luftlinie vom AKW Leibstadt, 13 Kilometer von den Reaktoren in Beznau und 20 Kilometer vom AKW Gösgen entfernt. Bei uns auf der deutschen Seite sind die Kühltürme mit dem aufsteigenden Wasserdampf immer präsent. Bei einem Unfall in einem der schweizerischen AKW wären wir hier unmittelbar betroffen. Und das Risiko eines Unfalls nimmt stetig zu: Leibstadt ist das jüngste AKW in der Schweiz und erreicht im Dezember eine Laufzeit von 40 Jahren – dafür wurden die Anlagen ursprünglich mal ausgelegt. Beznau hat schon bald 60 Jahre auf dem Buckel, soll aber noch bis 2040 laufen. Und Leibstadt wollen sie jetzt 60 Jahre laufen lassen, das wäre bis 2045.

Hans-Eugen: Martina hat mich auf das Gesuch der Schweizerischen Energiestiftung (SES) wegen der Verlängerung der Laufzeit des AKW Leibstadt aufmerksam gemacht. Die Stiftung fordert vom Schweizerischen Energiedepartement – dem Ministerium – dass es für die längere Laufzeit des

AKW Leibstadt eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gibt, grenzüberschreitend natürlich.

Martina: Wir sind insgesamt 15 Privatpersonen, die das Gesuch unterschrieben haben. Vier davon sind aus Deutschland, die anderen aus der Schweiz. Formal hat die Schweiz die Laufzeit der AKW nicht befristet. Deswegen lehnt sie eine UVP nach internationalem Recht ab. Wir sind aber der Meinung, dass eine

UVP nötig ist, weil die AKW nur für 40 Jahre ausgelegt sind. Da muss man schon darlegen, welches Risiko ein solcher Weiterbetrieb mit sich bringt. Außerdem haben sich die äußeren Bedingungen vollkommen geändert in den letzten Jahren. Man denke nur an den Klimawandel und Terrorgefahren. Vor allem aber beinhaltet die UVP auch die Null-Variante, nämlich auf den Langzeitbetrieb zu verzichten, weil die Risiken zu groß sind. Es müsste also öffentlich abgewogen werden, ob die Stilllegung des Reaktors nicht die bessere Variante wäre.

Hans-Eugen: Da die Schweiz bisher keine grenzüberschreitende UVP plant, wird das Gesuch ans Energiedepartement wahrscheinlich abschlägig beschieden werden. Dann wollen wir klagen. Zuallererst wären die Schweizer Gerichte zuständig.

Martina: Uns ist klar, dass man für so etwas immer einen langen Atem braucht. Es ist aber gut, dass das Thema jetzt zumindest auf dem Tisch ist.

Hans-Eugen: Man könnte den Fall bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen.

Martina: Wenn man auf dem Rechtsweg allein nicht weiterkommen sollte, muss man gucken, ob nicht auch unsere Politiker*innen mehr Druck auf die Schweiz ausüben können. Das ist eine weitere Option.

Hans-Eugen: Wird dem Gesuch doch stattgegeben, müssen die Träger öffentlicher Belange gehört werden und es gibt eine Bürgerbeteiligung, bei der man Einwände erheben kann. Das wäre eine gute Gelegenheit, um das von

„Es müsste öffentlich abgewogen werden, ob die Stilllegung des Reaktors nicht die bessere Variante wäre.“

den Reaktoren ausgehende Risiko wieder in den Vordergrund zu stellen. Ein solches Verfahren wäre ein Riesenerfolg, gerade in der Schweiz mit ihren eingefahrenen „Bürgerbeteiligungsstrukturen“.

Martina: Das sehe ich auch so. Nicht nur für die SES, auch für Greenpeace und den trinationalen Atomschutzverband TRAS wäre

es ein Erfolg. Alle drei unterstützen uns. Die Öffentlichkeit, die durch ein solches Verfahren entsteht, würde auch bedeuten, dass die Menschen hier die Gefahr weniger gut verdrängen können. Gerade die Jüngeren scheinen das zu tun.

Hans-Eugen: Ich habe als Vertreter des örtlichen Gewerbes an den Partizipationsveranstaltungen für die Endlagersuche in der Schweiz teilgenommen. Der Atom Müll der Schweizer AKW soll ja ebenfalls unweit von hier, auf der anderen Rheinseite, verbuddelt werden. Mehrere Jahre war ich da in der sogenannten Fachgruppe Sicherheit dabei. Aber mit der Zeit habe ich gemerkt, dass es eigentlich darum ging, Sicherheit nach außen zu propagieren, wo keine ist. Diese Botschaft zu vermitteln, war einer der Hauptzwecke der sogenannten Bürgerbeteiligung, so mein Eindruck. Deshalb bin ich da ausgetreten.

Martina: Die Schweizer*innen gehen sowas zum Teil einfach anders an. Sie sind der Meinung, alles absichern zu können. Bei uns wäre manches davon kaum denkbar oder sehr viel schwieriger.

Hans-Eugen: Die Geolog*innen wissen natürlich um die Potenziale und auch um die Risiken. Man nimmt sie einfach in Kauf, um wie ein Junkie zu jeder Zeit, an jedem Ort, in jeder beliebigen Menge einen Schuss Energie zu kriegen. Auch in Deutschland spricht man kaum darüber, dass wir zusätzlich zum Abschalten der AKW auch den Energieverbrauch reduzieren müssen – weil sich das direkt auf unser Leben auswirken würde.

Martina: In der Schweiz wird für 2050 ein Strombedarf von 70 Terawattstunden prognostiziert, 20 davon sollen aus AKW kommen. Aber nur wenige fragen, ob man diese 20 Terawattstunden nicht auch einfach einsparen könnte.

Hans-Eugen: Wenn man will, dass sich was ändert, sollte man selber aktiv werden. Gerade mit Blick auf die geplante Laufzeitverlängerung der Schweizer AKW. Man kann ganz

klein anfangen, zum Beispiel mal nachfragen, was die Gemeinde, was der Kreis, was der Regionalverband in der Sache unternimmt. Damit wird das Thema öffentlich, das ist in jedem Fall

sinnvoll. In den Gemeinden hier am Hochrhein hat man schon ein Auge auf die Entwicklung im Nachbarland. Aber seit die deutschen AKW aus sind,

scheinen viele das Atom-Problem für erledigt zu halten. Das ist aber nicht so, gerade hier bei uns. Es braucht weiter Druck, damit auch die Schweizer Reaktoren endlich abgeschaltet werden. Das Mindeste ist, dass die Gemeinden hier, die baden-württembergische Landesregierung und die Bundesregierung von der Schweiz verlangen, sich an Verträge wie die Aarhus-Konvention zu halten und die möglichen Auswirkungen des geplanten Langzeitbetriebs zu untersuchen und öffentlich zu diskutieren.

Martina: Wichtig finde ich auch, die Leute darauf aufmerksam zu machen, wie abhängig die Schweiz und andere Länder vom Uran sind und woher es kommt. Leibstadt erhält 50 Prozent seiner Brennelemente aus Russland. Auch die Brennelemente-Fabrik Lingen beliefert Leibstadt, die will jetzt sogar mit dem russischen Staatskonzern Rosatom kooperieren. Immer wieder überall das Gespräch suchen, unser Anliegen in die Öffentlichkeit tragen, das ist wichtig.

Hans-Eugen: Es ist wie immer ein dickes Brett zu bohren. Aber auch in Deutschland hat es lange gedauert, bis die AKW abgeschaltet waren. Letztlich ist es eine politische Entscheidung, wie es mit den schweizerischen AKW weitergeht. Ich hoffe, es wird eine vorsorgliche Entscheidung sein und keine Reaktion auf einen westeuropäischen Super-GAU.

Interview: Bettina Ackermann,

Protokoll: Anna Stender

Anzeige

EWS
Elektrizitätswerke
Schönau

Gemeinsam
was bewegen!

ATOMSTROMLOS
KLIMAFREUNDLICH
BÜRGEREIGEN

Für eine nachhaltige Energieversorgung und Klimaschutz, gegen Atomkraft und Kohlestrom – als Genossenschaft verbinden die EWS bürgerschaftliches Engagement, Mitbestimmung und Dezentralisierung.

ews-schoenau.de

.ausgestrahlt-Shop

Da Engagement gegen Atomkraft keine Frage des Geldbeutels sein soll, ist das gesamte Sortiment des .ausgestrahlt-Shops kostenlos erhältlich.

.ausgestrahlt übernimmt sogar Deine Versandkosten. Wir freuen uns, wenn Du die Herstellung des Materials mit einer solidarischen Spende unterstützen kannst.

Bestellung nur online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: ausgestrahlt.de/shop



AKW AUS – UND DOCH NOCH VIEL ZU TUN

Aufkleber „Atomkraft? Nie wieder!“

Wetterfest, Ø 11 cm – M-123-03

Flyer „Gemeinsam gewonnen – und noch viel zu tun“

Warum das Abschalten der AKW ein vielfacher Erfolg und das Atom-Thema dennoch nicht vom Tisch ist.

DIN lang, vierseitig – M-310-23



Aufkleber „Atomkraft? Nein danke“

Wetterfest, Klein, Ø 5,5 cm – V-123-02

Wetterfest, Mittel, Ø 11 cm – V-123-01

Wetterfest, Maxi, Ø 33 cm – V-123-03



Fahnen „Atomkraft? Nein danke“

Setz ein Zeichen, lass die Anti-Atom-Sonne wehen! Wetterfest. Für Fahrräder, Fenster, Türen und Balkongeländer ebenso wie für Mahnwachen, Demos und Aktionen ...

Klein, 38 x 30 cm, mit Plastik-Halterung – V-123-08

Klein, 38 x 30 cm – V-123-07

Groß, 90 x 60 cm – V-123-09

Maxi, 40 x 120 cm – V-123-11



Button „Atomkraft? Nein danke“

Nadel-Button, Ø 32 mm – V-123-04

ATOMFABRIK LINGEN SCHLIEßEN

Hintergrund-Info „Atomfabrik Lingen“

Fragen und Antworten zum geplanten Ausbau der Brennelemente-Fabrik Lingen unter Beteiligung des russischen Staatskonzerns Rosatom

A5, vierseitig – M-320-02



ATOMMÜLL

Flyer „Jahrhundert-Lager“

Aus Zwischenlagern werden Langzeitlager. Die Zwischenlagerung des hochradioaktiven Atommülls wird sehr viel länger dauern als ursprünglich behauptet.

DIN lang, achtseitig – M-302-42



KLIMA UND ATOM

Flyer „Atomkraft ist kein Klimaretter“

DIN lang, zweiseitig – M-309-19



Aufkleber „Weg mit Kohle UND Atom – erneuerbar ist unser Strom!“

Wetterfest, 8 x 10 cm – V-309-03



Aufkleber „Atommüll-Transporte stoppen“

Wetterfest, 20,5 x 5,8 cm – M-302-03

Plakat „Atommüll-Transporte stoppen“

A3, einseitig – M-302-55



Transparent „Kein Atommüll von Jülich nach Ahaus!“

Wetterfest, mit Tunneln an den Seiten zum Einstecken von Stäben und Ösen in den vier Ecken. 300 x 60 cm – M-302-56



Transparent „Stoppt Fossile UND Atom“

Wetterfest, mit Tunneln an den Seiten zum Einstecken von Stäben und Ösen in den vier Ecken.

250 x 70 cm – V-309-01



.ausgestrahlt

NEU: .ausgestrahlt-Magazin Nr. 61

Zum Auslegen und Verteilen.

A4, 24 Seiten – M-121-61



! Wenn Du für eine Aktion größere Mengen benötigst, wende Dich bitte an shop@ausgestrahlt.de

„Damit das, was wichtig ist, auch wichtig bleibt“

Interview | Carolin Franta, Fundraiserin bei .ausgestrahlt, über Spenden und die Möglichkeiten, die Anti-Atom-Arbeit auch über den eigenen Tod hinaus zu unterstützen

Carolin, die Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt ist fast ausschließlich spendenfinanziert. Wie läuft es denn gerade so mit den Spenden-Einnahmen?

Carolin Franta: 2023 war für viele Menschen ein hartes Jahr. Das hat nicht nur .ausgestrahlt gespürt, auch andere Organisationen haben weniger Spenden als in den Jahren zuvor bekommen. Aber viele Dauerspender*innen unterstützen .ausgestrahlt schon seit der Gründung 2008, sie sind oder waren selbst Teil der Anti-Atom-Bewegung. Diese Menschen stehen uns auch weiterhin treu zur Seite. Viele schreiben, wie froh sie darüber sind, dass .ausgestrahlt die Anti-Atom-Fahne weiterträgt.

Wie können Menschen, die seit Jahrzehnten gegen Atomkraft streiten, dazu beitragen, dass ihr Lebensthema weiter auf der politischen Agenda bleibt?

Viele Menschen – nicht nur alte – denken darüber nach, welchen Beitrag sie dafür leisten können, dass das, was ihnen wichtig ist, auch wichtig bleibt. Und immer mehr Menschen ist es ein Bedürfnis, einen Teil ihres Nachlasses für einen gemeinnützigen Zweck zu spenden. Eine Testamentsspende an eine mir nahe stehende Organisation kann ein wirkungsvolles Vermächtnis sein, mit dem ich dafür Sorge, dass mein Widerstand und meine Vision auch in der Zukunft lebendig bleiben.

Den Atomausstieg vollenden und verteidigen, die Energiewende durchsetzen, für einen sicheren Umgang mit den strahlenden Hinterlassenschaften des Atomzeitalters streiten und die Atomkraftnutzung europaweit beenden: Welche Möglichkeiten gibt es, .ausgestrahlt über den eigenen Tod hinaus bei diesen Herausforderungen zu unterstützen?

Wer Vorsorge tragen will, dass .ausgestrahlt als einzige bundesweite Anti-Atom-Organisation ein starker Akteur bleibt, kann zugunsten des Vereins ein Vermächtnis aufsetzen, also .ausgestrahlt e.V. einen bestimmten Geldbetrag oder einen prozentualen Anteil am Nachlassvermögen zusprechen. Was viele nicht wissen: Gemeinnützige Organisationen wie .ausgestrahlt sind von der Erbschaftssteuer befreit. Ein solches Vermächtnis für .ausgestrahlt kommt also direkt und ohne Abzüge dem Verein und damit der Anti-Atom-Arbeit zugute.

Gibt es bereits Menschen, die .ausgestrahlt in ihrem Testament bedenken?

Ja, .ausgestrahlt hat schon in den vergangenen Jahren immer wieder Testamentsspenden erhalten. Das ist für mich jedes Mal sehr bewegend, oft handelt es sich ja um Menschen, die uns über lange Zeit begleitet haben. Es kommt vor, dass Angehörige sich bei mir melden, Anti-Atom-Geschichten ihres verstorbenen Partners erzählen, mir Fotos schicken. Es tut gut, zu wissen, dass .ausgestrahlt für die*den Verstorbene*n ein wichtiger Partner war, dass wir ein Stück des Weges gemeinsam gegangen sind, die AKW gemeinsam abgeschaltet haben.

Was rätst Du Menschen, die .ausgestrahlt etwas hinterlassen wollen?

Bevor Du ein Testament verfasst, solltest Du zuerst mit denjenigen darüber sprechen, die Dir besonders nahe stehen, Deinem Partner, Deiner Partnerin, vielleicht Deinen Kindern. Sage schon zu Lebzeiten, was Dir wichtig ist und was mit Deinem Nachlass geschehen soll. Und dann informiere Dich, wie Du ein rechtsgültiges Testament verfasst und hinterlege es anschließend beim Amtsgericht, damit es

nicht verloren gehen kann. Wir freuen uns, wenn Du uns kurz Bescheid gibst, dass Du

.ausgestrahlt mit einem Vermächtnis bedenkst. Und keine Sorge: Du kannst ein Testament jederzeit ändern oder ein neues schreiben (aber vernichte dann sicherheitshalber das vorige). Wenn Du mehr darüber wissen willst, schicke ich Dir gerne die .ausgestrahlt-Broschüre „Dein Vermächtnis: Atomkraft – nie wieder!“. Ruf mich gerne an!

ausgestrahlt.de/spenden/testament



Foto: Jörg Madrow

Carolin Franta arbeitet seit Mai 2013 bei .ausgestrahlt, seit zwei Jahren als Fundraiserin.

Kontakt:

carolin.franta@ausgestrahlt.de

Tel. 040-2531 8705

Erbrecht und Testament

.ausgestrahlt plant eine **Online-Infoveranstaltung** zum Thema „Erbrecht und Testament“. Mehr Infos unter ausgestrahlt.de/spenden/testament



Übergabe der Einwendungen am 1. März in Hannover



Foto: Lars Hoff



Standbild: Report Mainz

Putin im Anmarsch: Protest in Lingen am 20. Januar

10.855 Stimmen gegen Ausbau der Atomfabrik Lingen

Vier ganze Kisten füllen die mehr als 10.855 Einwendungen gegen den Einstieg des russischen Atomkonzerns Rosatom in die Brennelemente-Produktion in Lingen, die .ausgestrahlt zusammen mit anderen Anti-Atom-Initiativen am 1. März dem niedersächsischen Umweltminister Christian Meyer (Grüne) übergibt. Hinzu kommen zahlreiche weitere, auch individuell formulierte Einwendungen aus dem In- und Ausland, die direkt beim Ministerium eingegangen sind. Das muss sich damit nun auseinandersetzen und die Kritikpunkte anschließend öffentlich erörtern.



Standbild: tagesschau.de

Warnung vor Spionage und Sabotage

Gutachten warnt vor Spionagegefahr

Die drohende Gefahr von Spionage und Sabotage bei einem Einstieg von Rosatom in die Brennelemente-Fertigung in Lingen sorgt am 26. Februar für Schlagzeilen bis in die tagesschau. Anlass ist ein von der renommierten Atom- und Verwaltungsrechtlerin Dr. Michèle John im Auftrag und unter Mitwirkung von .ausgestrahlt erstelltes Gutachten. Es zeigt, dass der direkt dem Kreml unterstellte Atomkonzern durch das Projekt in Lingen nicht nur Zugang zu sensiblen Nuklear-Informationen bekäme, sondern auch Möglichkeiten, von Lingen belieferte Atomkraftwerke in ganz Europa zu sabotieren. Das Vorhaben, so das Resümee, gefährdet deshalb die Sicherheit Deutschlands und zahlreicher EU-Staaten. .ausgestrahlt fordert, die beantragte Genehmigung zu versagen. Das Gutachten und weitere Infos findest Du unter ausgestrahlt.de/lingen

Uran-Geschäfte trotz Angriffskrieg

Vom Rotterdamer Hafen bis nach Lingen begleiten Atomkraftgegner*innen Anfang Februar einen Urantransport. Die Fracht kommt aus Russland, vom Kreml-Konzern Rosatom, Empfänger ist die Brennelemente-Fabrik Lingen. Die ARD-Sendung *Report Mainz* beleuchtet die Rolle von Rosatom beim Krieg gegen die Ukraine und zeigt, wie die fortdauernden Geschäfte mit Rosatom dem Kreml nützen. Der Beitrag beruht unter anderem auf Recherchen von .ausgestrahlt und zeigt auch Bilder von den Protesten in Lingen, die .ausgestrahlt mit organisiert hat.

Aufgedeckt: Rosatom heimlich bereits am Werk!

Mit Hilfe von Atomkraftgegner*innen aus Lingen und Hinweisen aus der Bevölkerung deckt .ausgestrahlt am 2. Mai auf, dass Mitarbeiter*innen von Rosatom bereits vor Ort sind und aus Russland angelieferte Maschinen aufbauen und testen – obwohl über den Genehmigungsantrag noch gar nicht entschieden ist! Um Sicherheitsvorschriften zu umgehen, hat Framatome – Trick 17 – eigens eine Halle außerhalb des Betriebsgeländes organisiert. Atomaufsicht und Sicherheitsbehörden in Land und Bund schauen untätig zu, wie vom Kreml bezahlte Mitarbeiter*innen dort bei „Schulungen“ intensive Kontakte zum Personal der Atom-Fabrik knüpfen. .ausgestrahlt beantragt mit juristischer Unterstützung ein sofortiges Einschreiten der Atomaufsicht gegen die ungenehmigte „Errichtung“ der Anlagen.

Siehe auch Interview Seite 14/15

Grüne am Castor-Lenkrad

Ins Fahrerhaus eines Castor-Transports einsteigen müssen NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) und ihr Parteichef Omid Nouripour am 5. März in Jülich. Mit Unterstützung örtlicher Atomkraftgegner*innen hat .ausgestrahlt den Eingang des Grünen-Parteibüros dort mit einer Atomtransport-Attrappe zugestellt – aus Protest gegen die größte Castor-Lawine aller Zeiten, die schon bald durch NRW zu rollen droht. .ausgestrahlt fordert, den Atommüll aus Jülich weiter vor Ort zu lagern, in einer neuen, heutigen Sicherheitsanforderungen entsprechenden Halle. Die geplanten 152 Castor-Transporte ins unsichere und ungeeignete Zwischenlager Ahaus könnten bereits im Sommer starten – wenn die Grünen und ihre Minister*innen nicht endlich auf die Bremse treten.



Das Warnlicht blinkt schon. Doch die Grünen-Oberen sind nicht ganz sicher, ob sie wirklich einsteigen wollen

Fotos: Lars Hoff

Atomgipfel oder Märchenschloss?

Mit Zauberhüten, Feenstaub und aufblasbarem pinkem Schloss protestieren mehr als 500 Umwelt-, Klimaschutz-, Friedens-, und Menschenrechts-Organisationen aus über 50 Ländern am 21. März in Brüssel gegen die auf dem „Nuclear Energy Summit“ der europäischen Atomlobby verbreiteten Atommärchen. Die auch von .ausgestrahlt mit unterschriebene Erklärung fordert Investitionen in Erneuerbare und damit in eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energie – statt in kostspielige atomare Luftschlösser.



Protest am 21. März in Brüssel

Foto: Eric De Wilt / Greenpeace



Foto: Helge Bauer

Ausstellung, Vorträge und Sekt online

Um französische und europäische Atompolitik, die Zwischenlagerung von hochradioaktiven Abfällen, Atomlobbyismus, angeblich „neue“ Reaktorkonzepte und viele andere aktuelle Atom-Themen geht es bei der Online-Veranstaltungsreihe von .ausgestrahlt rund um die Jahrestage von Fukushima und Tschernobyl. Am 15. April, ein Jahr nach dem Aus der letzten AKW in Deutschland, stoßen die Teilnehmer*innen zusammen mit dem .ausgestrahlt-Team auf den gemeinsamen Erfolg an. Die Aufzeichnungen der Vorträge findest du unter ausgestrahlt.de/jahrestage

Auch die Online-Ausstellung „Fukushima, Tschernobyl und wir“ hat .ausgestrahlt anlässlich der Jahrestage aktualisiert. Du findest Sie unter

ausgestrahlt.de/virtuell/fukushima-tschernobyl-und-wir

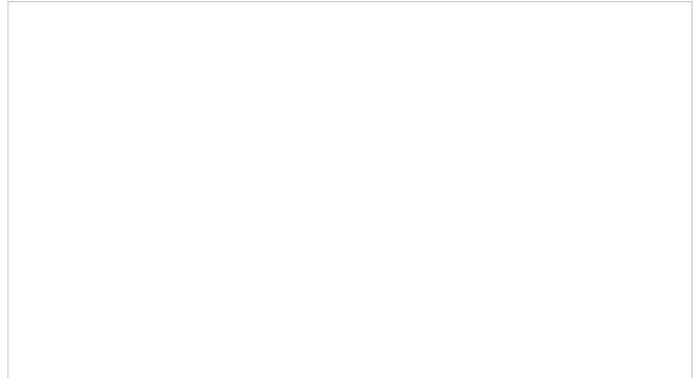


„Ich unterstütze .ausgestrahl, weil es euch gelingt, auch komplexe Themen verständlich zu machen, und ihr so dazu beiträgt, die schönfärberischen Aussagen der Atomlobby zu enttarnen.“

Claudia Büdel, Kahl



Foto: privat

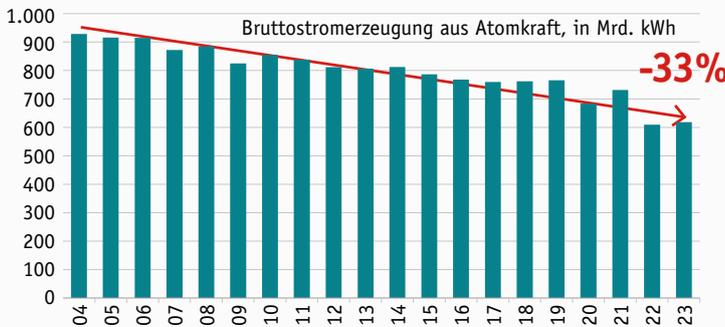


Atomkraft in der EU

Infografik | „Europäische Nuklearallianz“ hin oder her: Der EU-Reaktorpark wird immer älter und erzeugt immer weniger Strom. Neue Reaktoren gehen seit Jahrzehnten so gut wie keine mehr in Bau

Immer weniger Atomstrom

Nur die Hälfte des Rückgangs geht auf das AKW-Aus in Deutschland zurück



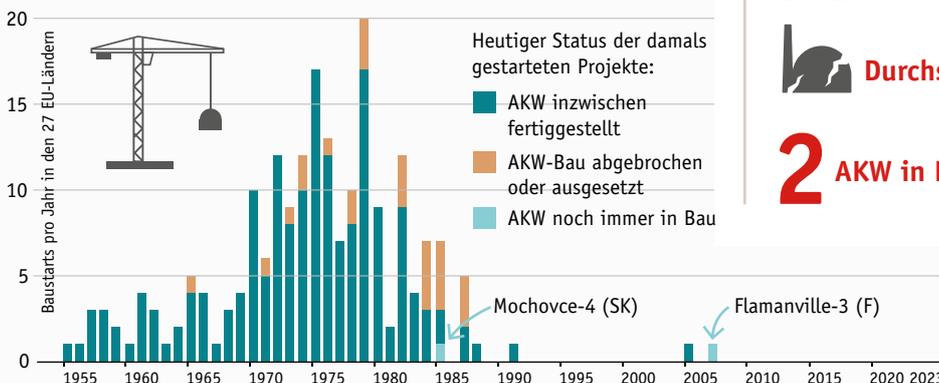
Eine „Nuklearallianz“, die spaltet

Wer Atomkraft weiter fördern will – und wer nicht

- | | | |
|----------------|---------------|--------------|
| ☢ Belgien | ✅ Italien | ✅ Portugal |
| ☢ Bulgarien | ☢ Kroatien | ☢ Rumänien |
| ✅ Dänemark | ✅ Lettland | ☢ Schweden |
| ✅ Deutschland | ✅ Litauen | ☢ Slowakei |
| ☢ Estland | ✅ Luxemburg | ☢ Slowenien |
| ☢ Finnland | ✅ Malta | ✅ Spanien |
| ☢ Frankreich | ☢ Niederlande | ☢ Tschechien |
| ✅ Griechenland | ✅ Österreich | ☢ Ungarn |
| ✅ Irland | ☢ Polen | ✅ Zypern |

Neubau ziemlich mau

Seit 35 Jahren geht so gut wie kein AKW mehr in Bau



99 Reaktoren in Betrieb ☢

Durchschnittsalter **38** Jahre

2 AKW in Bau (seit 17 bzw. 39 Jahren) 🛠️

.ausgestrahl fordert:

- Europäische Atomlobby stoppen
- Kein Geld für Atomprojekte
- Vorfahrt für erneuerbare Energien in der ganzen EU